

Presseinformation 22/2024

Zur Europawahl

Keine Stimme für rechtsradikale oder rechtspopulistische Parteien in Europa, empfiehlt der Verband für Wirtschaft und Umwelt e.V. (VWU) sowie der Landesverband Solarenergie e.V. in Rheinland-Pfalz angesichts des drohenden Rechtsrucks bei der Europawahl am 9. Juni 2024.

Viele rechtspopulistische Parteien leugnen oder verharmlosen den von Menschen gemachten Klimawandel und fordern weitreichende Rückschritte bei der Klimapolitik in Europa. Damit werde großer Schaden für Wirtschaft und Bevölkerung verursacht, so die beiden Verbände. In Verbindung mit nationalen Abschottungstendenzen, Schwächung der europäischen Wirtschaft gegenüber der Dominanz der Wirtschaftsräume USA und China und Fake-News Kampagnen der Rechtspopulisten führt eine solche Politik in eine Richtung, die Frieden, Freiheit und Menschenwürde gefährden.

Der Klimawandel und die schwerwiegenden Folgen von Umweltkatastrophen und globalen Migrationsströmen kann noch aufgehalten werden. Dazu sind aber weitreichende Klimaschutz- und Transformationsvorhaben, wie sie Europa und Deutschland in Bewegung gesetzt wurden, notwendig. Angesichts der Europawahlen beziehen immer mehr Unternehmen in Europa klare Positionen für eine sozial-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft und gegen menschen- und demokratiefeindliche Tendenzen der Populisten.

Die Rücknahme von Klimaschutzvorhaben sowie erneute Fehlinvestitionen in eine fossile oder atomare Energieversorgung verstärken die Krisen in der Welt. Am Beispiel des russischen Präsidenten könne man sehen, was eine autokratische und nationalistische Politik an Krisen hervorrufen kann. Wer Vielfalt und Demokratie ablehnt, wacht in einer Welt voller Hass und Gewalt auf.

Der VWU und der Landessolarverband in Rheinland-Pfalz schließen sich dem Aufruf des Bundesverbandes Nachhaltige Wirtschaft an. Klima- und Umweltschutz, Vielfalt und Demokratie sind essenziell für den Wirtschaftsstandort Europa. Sie bieten Chancen für Arbeitsplätze, Technologien und Geschäftsmodelle, die nicht nur das Klima, sondern auch das Leben auf dem Planeten schützen. Andere große Volkswirtschaften haben diese Potenziale längst erkannt und Klimaschutz strategisch auch in ihrer Politik verankert. Ohne Vielfalt kein Wirtschaftsstandort Europa. Ausgrenzung, Fremden- und Demokratiefeindlichkeit gefährden Europas Gesellschaft und Wirtschaft. Forderungen von rechtspopulistischen Parteien sind längst nicht nur menschen-, sondern auch wirtschaftsfeindlich.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim/Pfalz, den 3. Juni 2024